

1 **Arbeitsgruppe „Schulstruktur in Zeiten demografischen Wandels“**
2 **Vorschlag zu Empfehlungen der Bildungskonferenz**

3
4 Entwurf 15.04.2011
5
6
7
8

9 **I. Ausgangslage**

10 ▪ zum demografischen Wandel:

- 11 1. In den vergangenen Jahren gab es in der Sekundarstufe I einen
12 Schülerzahlrückgang, von dem die einzelnen Schulformen in unter-
13 schiedlichem Maße betroffen waren.
- 14 2. Für die Zukunft ist ein weiterer Schülerzahlrückgang in der Sekun-
15 darstufe I zu erwarten.
- 16 3. Es ist eine steigende Bildungsaspiration zu beobachten, d. h. Eltern
17 wählen in der Tendenz verstärkt die Langzeitformen, die zu Ab-
18 schlüssen mit mehr Berechtigungen führen.
- 19 4. Wenn es nicht zu strukturellen Veränderungen kommt, wird der wei-
20 tere Schülerzahlrückgang in der Erkenntnis der zurückliegenden
21 Jahre tendenziell dazu führen, dass insbesondere die Schulform
22 Hauptschule (nicht unbedingt eine einzelne Hauptschule) betroffen
23 ist, weniger die Schulform Realschule und am wenigsten die Lang-
24 zeitschulformen Gymnasium und Gesamtschule.

25 *Der Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V., die Landeselternschaft*
26 *der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V. und die Katholische El-*
27 *ternschaft Deutschlands KED in NRW - Landesverband tragen den*
28 *Begriff „strukturelle Veränderungen“ ausdrücklich nicht mit, wohl*
29 *aber den Begriff „Veränderungen“.*

30 *Der Verband LERNEN FÖRDERN - Landesverband zur Förderung*
31 *von Menschen mit Lernbehinderungen NRW e. V. lehnt auch den*
32 *Begriff „Veränderungen“ ab. Er schlägt stattdessen folgende Formu-*
33 *lierung vor: „Der weitere Schülerzahlrückgang hat in den zurücklie-*
34 *genden Jahren dazu geführt, dass ...“.*

- 35 5. Bei einer Fortentwicklung unter diesen Umständen würde die Zahl
36 der Schulen zunehmen, die Probleme hätten, mit den zur Verfügung
37 stehenden Ressourcen ihren pädagogischen Auftrag angemessen zu
38 erfüllen.

39 *Der Verband LERNEN FÖRDERN - Landesverband zur Förderung*
40 *von Menschen mit Lernbehinderungen NRW e. V. macht demgegen-*
41 *über folgenden Formulierungsvorschlag: „Unter diesen Umständen*
42 *nimmt die Zahl der Schulen zu, die Probleme haben, mit den zur*
43 *Verfügung stehenden Ressourcen ihren pädagogischen Auftrag an-*
44 *gemessen zu erfüllen.“*

- 45 ▪ zur Bildungsgerechtigkeit:
46 1. Die sozioökonomische und kulturelle Herkunft der Schülerinnen und
47 Schüler korreliert in Deutschland - trotz Verbesserungen seit 2000 -
48 wie im Durchschnitt aller OECD-Staaten sehr deutlich mit dem Bil-
49 dungserfolg. In besonderer Weise wird dies bei den Übergangsent-
50 scheidungen deutlich.
51 2. Es bestehen - teilweise ausgeprägte - regionale Ungleichheiten (auf
52 Kreisebene und kleinräumig), die sich in Teilen auf die soziodemo-
53 grafische und die ökonomische Struktur von Gebietseinheiten und
54 das regionale Bildungsangebot zurückführen lassen.
55 3. Es lassen sich negative „Kompositionseffekte“ aufgrund der sozialen
56 Zusammensetzung von Klassen beobachten. Eine sehr ungünstige
57 Zusammensetzung von Lerngruppen kann dazu führen, dass Schüle-
58 rinnen und Schüler noch schlechtere Lernergebnisse erreichen, als
59 es bereits aufgrund ihrer ungünstigen individuellen Voraussetzungen
60 zu erwarten wäre.
61 4. Die Sozialstruktur von Nachbarschaften korreliert häufig mit dem Bil-
62 dungserfolg.
63 5. In Kombination mit weiteren Standortvoraussetzungen von Schulen
64 können Belastungen in solch einem Ausmaß kumulieren, dass ex-
65 trem kritische Lernumwelten („Risikomilieus“) entstehen.
66 6. Nicht nur einzelne Schulen, sondern grundsätzlich auch Schulfor-
67 men, stellen differentielle Lernmilieus und damit unterschiedlich qua-
68 litätsvolle Lernumwelten dar.
69 ▪ zu den Schulen in Freier Trägerschaft:
70 Für Schulen in freier Trägerschaft gelten besondere Regelungen.
71
72

73 II. Ziele

74 Die Bildungskonferenz hat sich in ihrer ersten Sitzung am 23.09.2010 auf
75 folgende übergeordnete Ziele verständigt:

- 76 ▪ **Stärkung der Bildungsgerechtigkeit und**
77 ▪ **Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Schulsystems.**
78 Daneben ist aus Sicht der AG V „Schulstruktur in Zeiten demografischen
79 Wandels“ auch das Ziel
80 ▪ **Sicherung vergleichbarer Rahmenbedingungen in Nordrhein-**
81 **Westfalen bezogen auf den Schulbereich**
82 von herausragender Bedeutung.

83 Vor dem Hintergrund der Ausgangslage und aus den genannten Zielen lei-
84 ten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe spezifische
85 Ziele für die Weiterentwicklung der Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen

86 ab. Dabei werden sowohl die Angebote der allgemeinbildenden Schulen
87 als auch der Berufs- und Weiterbildungskollegs in den Blick genommen.

88 *Der Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V. schlägt vor das Wort „Schul-*
89 *struktur“ durch das Wort „Schulen“ zu ersetzen, da mit dem Begriff „Schul-*
90 *struktur“ vorweggenommen werde, wozu erst noch Konsens zu suchen sei.*

91
92 ▪ Sicherung eines pädagogisch und fachlich hochwertigen schuli-
93 schen Angebots mit allen Abschlüssen,

94 ▪ Reflektion der Bildungsinhalte und deren Vermittlung,

95 ▪ Gewährleistung eines den regionalen Bedingungen (z.B. demogra-
96 fischer Wandel, sozio-ökonomische Rahmenbedingungen, Eltern-
97 wunsch) angepassten, wohnortnahen Schulangebotes

98 *Die Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V.*
99 *schlägt vor, stattdessen wie folgt zu formulieren: „...angepassten,*
100 *wohnortnahen Schulformangebotes“.*

101 *Der Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V., die Katholische Eltern-*
102 *schaft Deutschlands KED in NRW – Landesverband und LERNEN*
103 *FÖRDERN - Landesverband zur Förderung von Menschen mit*
104 *Lernbehinderungen NRW e. V. fordern demgegenüber folgende*
105 *Formulierung: „...angepassten, zumutbar erreichbaren Schulform-*
106 *angebotes“.*

107 ▪ Ermöglichung von Mobilität und Sicherung von Durchlässigkeit,
108 Übergangs- und Anschlussfähigkeit sowie

109 ▪ Herstellung lernförderlicher Schul- und Entwicklungsmilieus in allen
110 Schulen und Schulformen.

111

112 **III. Herausforderungen**

113 Aus der Ausgangslage und den gemeinsamen Zielen ergeben sich folgende
114 Herausforderungen für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen:

115 1. Aufgrund des Schülerzahlrückgangs, des geänderten Elternwahlverhal-
116 tens, bestehender regionaler und sozialer Disparitäten sowie dem stei-
117 genden Bedarf von qualifizierten Arbeitskräften muss das Schulsystem
118 so gestaltet sein, dass die Kommunen als Schulträger flexibel reagieren
119 und das örtliche Schulangebot den geänderten Anforderungen anpassen
120 können, damit den Schülerinnen und Schülern ein optimales Bildungsan-
121 gebot zur Verfügung steht. Dabei sind die bestehenden pädagogischen
122 Standards mindestens aufrecht zu erhalten. Mangelnde Finanzkraft der
123 Kommunen darf die pädagogische Qualität des Angebotes nicht gefähr-
124 den.

125 2. Es ist zu beobachten, dass die vom Schulgesetz angemahnte Abstim-
126 mung der verschiedenen Schulträger bei der Schulentwicklungsplanung
127 nicht immer funktioniert. Daher bedarf es vor dem Hintergrund der darge-
128 stellten Ausgangslagen effektiver Mechanismen zur frühzeitigen Konflikt-
129 vermeidung bzw. -lösung. Schulentwicklungsplanung darf gerade vor
130 dem Hintergrund des demografischen Wandels nicht an territorialen

131 Grenzen Halt machen; sie muss sich auf das allgemeine Schulangebot,
132 aber auch auf Förderschulen sowie auf Beruf- und Weiterbildungskollegs
133 erstrecken.

134 3. In Zeiten demografischen Wandels und verändertem Schulwahlverhalten
135 entstehen zunehmend kleine Schulen. Diese bereiten schulorganisato-
136 risch, hinsichtlich der Ressourcensteuerung und der Unterrichtsversor-
137 gung Probleme. Sie haben in der Regel größere Schwierigkeiten bei der
138 Abdeckung des Fächerkanons im Kollegium und in Vertretungsfällen. Die
139 schulorganisatorische Grundlast muss an kleinen Systemen aus einem
140 geringeren Ressourcenvolumen bestritten werden als an großen Systeme-
141 men. Darüber hinaus ist das Angebot der Wahlmöglichkeiten für die
142 Schülerinnen und Schüler an kleinen Schulen eingeschränkt. Es geht
143 darum, eine Balance zwischen dem pädagogisch Verantwortbaren und
144 Vernünftigen und dem finanziell und organisatorisch Machbaren zu errei-
145 chen.

146 4. Um die Vergleichbarkeit von Ergebnissen und die Qualität der pädagogi-
147 schen Angebote für alle Schülerinnen und Schülern, unabhängig von ih-
148 rer sozialen und kulturellen Herkunft, zu gewährleisten, bedarf es einer
149 landesweiten Steuerung und Qualitätssicherung.

150 5. Unterschiedliche Lernausgangslagen von Schülerinnen und Schülern füh-
151 ren zu neuen Herausforderungen an die Bildungs- und Erziehungsleist-
152 ung von Schulen und damit zu einem unterschiedlichen Ressourcenbe-
153 darf. Verbesserungen von Lernsituationen müssen mit entsprechenden
154 Bildungsinvestitionen hinterlegt sein. Dabei gilt es bei der Verteilung der
155 Ressourcen die spezifischen Ressourcenbedarfe der Schulen zu berück-
156 sichtigen.

157

158 **IV. Maßnahmen**

159 In dem Bewusstsein, dass der demografischen Entwicklung und dem verän-
160 derten Schulwahlverhalten der Eltern Rechnung getragen werden muss, ap-
161 pelliert die Arbeitsgruppe „Schulstruktur in Zeiten demografischen Wandels“
162 an die Verantwortlichen, in einem breiten Konsens zu einer dauerhaft tragfä-
163 higen Schulstruktur zu finden. Hierbei sind folgende Empfehlungen zu be-
164 rücksichtigen:

165

166 **1. Empfehlung: Mehr Freiräume für die Kommunen zur Gestaltung ihrer** 167 **Schullandschaft schaffen.**

168 • Um eine Weiterentwicklung des nordrhein-westfälischen Schulsystems zu
169 ermöglichen und der Verfassungswirklichkeit Rechnung zu tragen, wird
170 empfohlen, die institutionelle Gewährleistung der Volksschule gemäß Arti-
171 kel 12 Absatz 1 Landesverfassung NRW zu überprüfen.

172 *Der Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V. spricht sich für eine Streichung*
173 *des Absatzes aus.*

174 • Um den Kommunen größere Gestaltungsfreiheit zu geben bei ihrem Be-
175 mühen, unter den Bedingungen

- 176 - des demographischen Wandels,
177 - der verstärkten Nachfrage nach schulischen Angeboten, die eine
178 Vielfalt an Abschlüssen anbieten,

179 entsprechende wohnortnahe Schulangebote dauerhaft zu gewährleisten,
180 sollten die Möglichkeiten zur Bildung

- 181 - organisatorischer Verbände von Schulen unterschiedlicher Schul-
182 formen der Sekundarstufe I oder mit Sekundarstufe II und
183 - integrativer Zusammenschlüsse unterschiedlicher Schulformen der
184 Sekundarstufe I oder mit Sekundarstufe II

185 erweitert werden.

186 Diese neuen Angebote müssen in einem definierten Zeitrahmen gründlich
187 evaluiert werden. Auf der Basis der Evaluationsergebnisse muss mittelfristig
188 geklärt werden, welche Organisationsformen von Schule langfristig Bestandteil
189 eines leistungsfähigen, sozial gerechten – und überschaubaren –
190 nordrhein-westfälischen Schulsystems sein sollen. Die Interessen der
191 Schulen in freier Trägerschaft sind angemessen zu berücksichtigen.

192 *Der Philologen-Verband NRW, die Landeselternschaft der Gymnasien in*
193 *Nordrhein-Westfalen e. V. und der Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V.*
194 *schlagen vor, in den Spiegelstrichen 3 und 4 jeweils die Worte „der Se-*
195 *kundarstufe I oder mit Sekundarstufe II“ zu streichen.*

196

197 **2. Empfehlung: Regionale Einbindung der kommunalen Schulentwick-**
198 **lungsplanung sicherstellen.**

199 • Die Schulentwicklungsplanung muss der sich verändernden Nachfrage
200 durch bedarfsgerechte Anpassung der Kapazitäten gerecht werden. Auf-
201 gabe der Schulträger ist eine regelmäßige, regional abgestimmte Schul-
202 entwicklungsplanung durchzuführen, wandelnde Bedarfe an das Schulwe-
203 sen zu erheben, zu dokumentieren und die sich daraus ergebenden Kon-
204 sequenzen zu ziehen. Dabei gilt es die Angebote der Berufskollegs und
205 der Weiterbildungskollegs zu berücksichtigen.

206 • Um ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot bereit zu stellen, bedarf es ei-
207 ner engen Abstimmung zwischen den kommunalen und anderen Schulträ-
208 gern, den Schulen (Schulkonferenz) und der Schulaufsicht.

209 • Bei schulorganisatorischen Entscheidungen, die Auswirkungen über die
210 Gemeindegrenzen hinaus haben, ist sicherzustellen, dass die betroffenen
211 Nachbargemeinden rechtzeitig und mit dem Ziel, Einvernehmen zu errei-
212 chen, beteiligt werden, damit Fehlentwicklungen vermieden werden.

213 • Bei Konflikten zwischen Gemeinden über die Schulentwicklungsplanung
214 und einzelne schulorganisatorische Entscheidungen, bedarf es eines ge-
215 regelten Mediationsverfahrens.

216

217 **3. Empfehlung: Pädagogisch sinnvolle und organisatorisch machbare**
218 **Schulangebote**

219 • Um ein an die jeweiligen regionalen Bedingungen angepasstes sowie päd-
220 agogisch und fachlich hochwertiges Schulangebot und Schulen mit anre-

221 gungsreichen Milieus zu gewährleisten, wird empfohlen neben der Zu-
222 sammenführung von Standorten auch gemeindeübergreifende Lösungen
223 (z.B. eine Schule mit zwei nach Jahrgangsstufen unterteilten Standorten)
224 herbeizuführen.

- Sinnvoll ist eine stärkere Einbindung der Angebote der Berufs- und Weiterbildungskollegs in der Sekundarstufe II.

227

228 **4. Empfehlung: Transparenz schaffen, Bildungsstandards gewährleisten,**
229 **Unterrichtsqualität und Förderung von allen Kindern**
230 **und Jugendlichen sichern**

231

- Zur Orientierung der Eltern bei Schulwahlentscheidungen und bei Schulwechseln (beispielsweise im Falle eines Ortswechsels) sowie zur Sicherung der Durchlässigkeit zwischen Schulformen ist es erforderlich, das (Abschluss-)Angebot, die internen Strukturen sowie die den pädagogischen Angeboten zugrundeliegenden Standards der unterschiedlichen Schulformen systematisch und transparent öffentlich darzustellen.

- Um die Gleichwertigkeit der in unterschiedlichen Schulformen erreichten Ergebnisse und Schulabschlüsse auf hohem Niveau zu gewährleisten, bedarf es eines systematischen Monitorings, d. h. einer systematischen und regelmäßigen Analyse der erreichten Standards.

- Bestehende Verfahren zur Überprüfung des Erreichens der Kompetenzerwartungen, die in nationalen Bildungsstandards und Kernlehrplänen für verschiedene Schulabschlüsse festgeschrieben sind, sollten weiterentwickelt und die Befunde systematisch zur Konzeption von zielgerichteten regional- und schulformspezifischen Unterstützungsangeboten genutzt werden.

248 *Der Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V. schlägt folgende Ergänzung*
249 *vor: „Zudem sind Schulformleistungsvergleiche in Deutsch, Mathematik*
250 *und Englisch durchzuführen und die Ergebnisse zu veröffentlichen.“*

- Jede Schule übernimmt die Verantwortung für den Bildungsweg der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Es ist die Aufgabe der Schule, die von ihr aufgenommenen Kinder und Jugendlichen zumindest zum ersten von ihr angebotenen Abschluss (Sekundarstufe I) zu führen. Schülerinnen und Schüler, die nicht nach den Vorgaben der allgemeinen Schule lernen sind nach individuellen Förderplänen optimal zu fördern.

257 *Die Formulierung in Satz 2 wird vom Philologen-Verband NRW, von der*
258 *Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V. und vom*
259 *Elternverein Nordrhein-Westfalen e. V. abgelehnt.*

- Im Hinblick auf die Entwicklung von gleichermaßen qualitätvollen Lern- und Entwicklungsmilieus in allen Schulen und Schulformen sollte die Unterstützung der Lehrkräfte und Schulen zielgerichtet und passgenau an den regionalen und sozialen Rahmenbedingungen der einzelnen Schulstandorte ausgerichtet werden. Dies gilt insbesondere für Schulstandorte, an denen sich Belastungsfaktoren bündeln und zielgerichtete Förderkonzepte für benachteiligte Kinder und Jugendliche von besonderer Bedeutung sind.

268 **5. Empfehlung: Investitionen in Bildung - Ausweitung des Prinzips der**
269 **bedarfsgerechten Ressourcensteuerung für allgemein-**
270 **bildende und berufsbildende Schulen.**

271
272 • Um die bildungspolitischen Herausforderungen der Zukunft zu meistern,
273 bedarf es einer bestmöglichen Versorgung der Schulen in Nordrhein-
274 Westfalen mit personellen und sächlichen Ressourcen. Zur Verbesserung
275 der Chancengleichheit und der Entwicklungsmöglichkeiten jedes einzelnen
276 Kindes sowie zur Entlastung zukünftiger Landes- und Kommunalhaushalte
277 haben Investitionen in Bildung die größte denkbare Nachhaltigkeit und sind
278 insofern gleichermaßen als präventive soziale Maßnahmen zu verstehen.

279 • Investitionen in Bildung wirken sich in doppelter Weise auf die zukünftigen
280 Landes- und Kommunalhaushalte aus: Wirtschaftswachstum und damit
281 steigende Steuereinnahmen einerseits sowie Einsparungen bei Sozialleis-
282 tungen andererseits. In diesem Sinn wird empfohlen, zumindest die demo-
283 grafische Rendite im Schulsystem zu lassen.

284 • Um den regional und schulbezogen unterschiedlichen Lernbedingungen
285 gerecht zu werden, sollen die sozialräumlichen Gegebenheiten bei der
286 Verteilung der Personalressourcen stärker als bisher berücksichtigt wer-
287 den (Sozialindex). Damit sind auch ein zielgerichteter Ausbau des Ganz-
288 tags sowie eine bedarfsgerechte Verteilung der für soziale und kulturelle
289 Integration sowie für besondere Fördermaßnahmen vorgesehenen Stellen-
290 kontingente gemeint.

291 • Um eine ausgewogene und von den Schulen als gerecht wahrgenommene
292 Ressourcenausstattung der Schulen zu gewährleisten, sollten die der Stel-
293 lenzuweisung zu Grunde liegenden Kriterien und Parameter nachvollzieh-
294 bar dargestellt werden. Darüber hinaus sollte für jede Einzelschule und die
295 dazugehörige Schulöffentlichkeit die Stellenausstattung und Personalsitua-
296 tion - gemessen an den geltenden Parametern - transparent gemacht wer-
297 den.

298

**Bildungskonferenz
Zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen**

**Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der
Arbeitsgruppe „Schulstruktur in Zeiten demografischen Wandels“**

Die Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die an der letzten AG-Sitzung teilgenommen haben, sind markiert

Mathia	Arent-Krüger	Verband Bildung und Erziehung Landesverband Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Herrmann	Avenarius	DIPF
Dr. Barbara	Balbach	Landeselternkonferenz NRW
Prof. Dr. Hans-Ulrich	Baumgarten	CDU-Fraktion Landtag NRW
Udo	Beckmann	Verband Bildung und Erziehung Landesverband Nordrhein-Westfalen
Sigrid	Beer MdL	Die Grünen Landtagsfraktion NRW
Wilfried	Bialik	Arbeitsgemeinschaft der freien Waldorfschulen in NRW
Karin	Bödeker	Landesring der Abendgymnasien NRW
Ulrich	Bösl	Christlichen Gewerkschaftsbund
Christiane	Clemen	Staatskanzlei NRW
Gabriela	Custodis	Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e.V.
Rainer	Dahlhaus	Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW - Gesamtschule Langerfeld
Prof. Dr. Angela	Faber	Städtetag NRW
Mechthild	Föcking	Lernen Fördern Landesverband zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen NRW e.V.
Dr. Gisela	Friesecke	Elternverein NRW
Ilse	Führer-Lehner	DGB Bezirk NRW
Dr. Axel	Fuhrmann	Handwerkskammer Düsseldorf
Wolfgang	Große-Brömer MdL	SPD-Landtagsfraktion
Claus	Hamacher	Städte- und Gemeindebund NRW

Dr. Christa	Hartmann	DGhK Regionalvereine in NRW
Klaus	Hebborn	Städtetag NRW
Herbert	Heermann	Katholische Elternschaft Deutschlands e.V. - KED in NRW - Landesverband
Dr. Edmund	Heller	Fraktionsgeschäftsführer der CDU
Renate	Hendricks MdL	SPD-Landtagsfraktion
Dr. Peter	Janßen	Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW e.V.
Dr. Detlef	Josczok	Staatskanzlei NRW
Tayfun	Keltek	Landesintegrationsrat NRW
Werner	Kerski	Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen e.V. - Landesverband Nordrhein-Westfalen
Norbert	Keßler	Erzbischöfliches Generalvikariat Köln
Manfred	Krugmann	Ring der Kollegs
Thea	Kuhs	Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs
Eberhard	Kwiatkowski	Landeselternkonferenz NRW
Eva	Lingen	Verband deutscher Privatschulen NRW
Sabine	Mayer	IHK NRW
Dr. Mathias	Menzel	Städte- und Gemeindebund NRW
Joachim	Miekisch	Landeselternschaft der Gesamtschulen NW e.V.
Norbert	Müller	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Landesverband Nordrhein-Westfalen
Jürgen	Möller	Arbeitsgemeinschaft der freien Waldorfschulen in NRW
Frau	Omidi	Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e.V.
Michael	Otter	wissenschaftlicher Mitarbeiter Fraktion Die Linke Landtag NRW
Johannes	Papst	Landeselternschaft der Realschulen in NRW e.V.
Margret	Rössler	Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V.
Dorothea	Schäfer	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Landesverband Nordrhein-Westfalen
Dilay	Schettler	Föderation Türkischer Elternvereine in NRW e.V.

Regine	Schwarzhoff	Elternverein NRW
Peter	Silbernagel	Philologen-Verband NRW
Dr. Wolfram	von Moritz	Amt des Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag u.Landesregierung NRW
Hilmar	von Zedlitz	Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in NRW e.V.
Norbert	Wichmann	DGB Bezirk NRW
Harald	Willert	Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V.
Dr. Kai	Zentara	Landkreistag NRW

Entwurf AGV 4/2011